

# Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie (ZAA)

begründet von Prof. Dr. G. Franz

in Verbindung mit der Gesellschaft für Agrargeschichte und der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, herausgegeben von Prof. Dr. Harald Winkel und Prof. Dr. Ulrich Planck, Hohenheim.

Schriftleitung: Dr. Klaus Herrmann, Universität Hohenheim, Postfach 700 562,  
7000 Stuttgart 70

## INHALT VON HEFT 1

<i>Gyula Wallehausen</i> János Bartók (1818–1877)	1
<i>Volkmar Weiss</i> Sozialstruktur und Soziale Mobilität der Landbevölkerung: Das Beispiel Sachsen 1550–1880	24
<i>Robert von Friedeburg</i> Bauern und Tagelöhner: Die Entwicklung gesellschaftlicher Polarisierung in Schwalm und Knüll im Gewand der traditionellen Dorfgemeinde 1737–1855	44
<i>Bernhard Simon</i> Zur Geschichte des organisch-biologischen Landbaus nach Müller-Rusch	69
<i>Hans Pongratz und Mathilde Kreil</i> Möglichkeiten einer eigenständigen Regionalentwicklung	91
Mitteilungen	112
Besprechungen	114
Notizen	132

## Möglichkeiten einer eigenständigen Regionalentwicklung<sup>1</sup>

von Hans Pongratz und Mathilde Kreil

### 1. Einleitung

Der Benachteiligung peripherer ländlicher Räume ist gemäß der raumordnungspolitischen Zielsetzung der „Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen der Bundesrepublik Deutschland“ (Kommission . . . 1977, S. 320) mit verschiedenen politischen Konzepten und Maßnahmen zu begegnen versucht worden. Dabei konnten Defizite der ländlichen Infrastruktur abgebaut werden, doch blieben erhebliche räumliche Ungleichgewichte bestehen, vor allem in bezug auf die Wirtschaftskraft und das Arbeitsplatzangebot der Regionen. Zur Ergänzung der Regionalpolitik sind deshalb in jüngster Zeit neue Entwicklungsstrategien diskutiert worden, welche bisher ungenutzte endogene Potentiale des ländlichen Raums aktivieren sollen. Gefordert wird nunmehr z. B., „die Position der Region zu stärken, indem sie selbst mehr Einfluß auf ihre Entwicklung nimmt und dabei ihre eigenen Potentiale besser nutzt“. (Gatzweiler 1986, S. 30, unter Bezug auf die Entschließung der Ministerkonferenz für Raumordnung vom 12.11.1979). Zu den endogenen Potentialen gehören die vorhandene, überwiegend kleinbetriebliche Wirtschaftsstruktur, die Energie- und Rohstoffquellen auf dem Land, die landschaftlichen und kulturellen Qualitäten, die bestehenden sozialen Beziehungsgeflechte und die Innovationsbereitschaft der Landbewohner. Diese Überlegungen zielen auf eine Entwicklungsstrategie „von unten“, mit der die Interessen und Bedürfnisse der Landbewohner unmittelbar in der regionalen Entwicklung zur Geltung kommen sollen.

In diesem Aufsatz stellen wir das Modell „Eigenständige Regionalentwicklung“ als einen Ansatz vor, mit dem endogene Entwicklungsmöglichkeiten konsequent zu verwirklichen versucht werden. Es ist Anfang der achtziger Jahre in Österreich konzipiert und in die Praxis umgesetzt worden, hat aber inzwischen auch in der Bundesrepublik großes Interesse gefunden. In diesem Modell wurde die neue Zielperspektive nicht nur weiter ausgearbeitet, sondern auch mit einem konkreten organisatorischen Konzept verbunden. Es ist damit ein richtungweisendes Beispiel für die Förderung endogener Potentiale im Rahmen der Regionalentwicklung. Wir haben das Material zu Konzepten und Projekten der eigenständigen Regionalentwicklung ausgewertet und versuchen im folgenden, einen Überblick über die Grundgedanken (2.1) und die organisatorischen Elemente (2.2) dieses Modells zu geben. Dabei orientieren wir uns vor allem am österreichischen Weg, beziehen aber auch ähnliche Ansätze im übrigen deutschsprachigen Raum mit ein (vgl. 2.3). Des Weiteren stellen wir die viel-

fältigen Ansatzmöglichkeiten der eigenständigen Regionalentwicklung hinsichtlich des Ausbaus einer vielseitigen regionalen Wirtschaftsstruktur (3.1) und der Verbesserung der politischen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen dar (3.2). Wir beziehen uns dabei sowohl auf durchgeführte wie auf geplante oder vorgeschlagene Projekte und zeichnen so einen perspektivischen Rahmen, der die Möglichkeiten dieser Entwicklungsstrategie veranschaulichen soll.

## **2. Das Konzept einer eigenständigen Regionalentwicklung<sup>2</sup>**

### *2.1 Grundgedanken der eigenständigen Regionalentwicklung*

#### *Eigenart*

Die Entwicklung ländlicher Räume soll einen eigenen, besonderen Verlauf nehmen können und nicht mehr bloß in angepaßter oder ergänzender Form dem städtisch-industriellen Wandel folgen. Diese Forderung läßt sich mit der soziologischen These untermauern, daß gesellschaftlicher Fortschritt nicht in einheitlicher Weise erfolgen muß, sondern daß er in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen verschiedenen Pfaden des Wandels folgen kann<sup>3</sup>. Die Eigenart der Entwicklung ländlicher Räume beruht auf der gezielten Nutzung eigener Ressourcen und Möglichkeiten und der Orientierung an den Bedürfnissen und Interessen der Bewohner dieser Räume. Auch ein eigener Entwicklungspfad muß den vielfältigen Verflechtungen aller Gesellschaftsbereiche in modernen Industriegesellschaften Rechnung tragen. Zur Sicherung der Eigenart ist deshalb nicht nur die Stärkung regionaler Potentiale nötig, sondern auch die Pflege der Verbindungen mit anderen Gesellschaftsbereichen und die wechselseitige Abstimmung von Austauschprozessen.

#### *Selbständigkeit*

Die Verfolgung eines eigenen Entwicklungsweges erfordert langfristig ein hohes Maß an Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der regionalen Akteure (Bewohner und Institutionen). Deshalb zählt die Verminderung von Abhängigkeiten und die Festigung regionaler Selbständigkeit im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich zu den grundlegenden Aspekten der eigenständigen Regionalentwicklung. Wichtig sind insbesondere die Erhaltung und Schaffung dezentraler politischer Strukturen, die in lokalen und regionalen Angelegenheiten die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung sichern, und der Ausbau einer vielseitigen, möglichst unabhängigen und stabilen Wirtschaftsstruktur, die auch ländliche Räume hinsichtlich des Arbeitsplatzangebots und der Versorgung mit häufig nachgefragten Gütern weitgehend selbständig macht. Hinzu kommt die Gewährleistung einer infrastrukturellen Grundausstattung, die sich stärker an den besonderen Bedürfnissen der Landbevölkerung als an städtischen Standards orientiert.

## *Ganzheitlichkeit*

Der Ansatz eigenständiger Regionalentwicklung versucht, alle wichtigen Aspekte ländlichen Lebens einzubeziehen und ihre wechselseitige Verflechtung zu berücksichtigen. Auch wenn die wirtschaftliche Selbständigkeit (vor allem wegen des Arbeitsplatzangebots) von zentraler Bedeutung für die Möglichkeit einer eigenständigen Entwicklung ist, muß die Benachteiligung ländlicher Räume doch als ein mehrdimensionaler Prozeß gesehen werden: „In diesem Prozeß spielen gesellschaftliche Strukturen und Verhaltensweisen der Betroffenen zusammen. Wirtschaft, Politik und Kultur ergänzen einander. Daher gibt es keine einfachen Rezepte als Ausweg, sondern nur ein Ineinander von wirtschaftlicher, politischer und kultureller Veränderung“. (Scheer 1987, S. 44). Diese ganzheitliche Sichtweise verlangt nicht nur die Berücksichtigung unterschiedlicher Maßnahmen und ihrer möglichen Nebenwirkungen, sondern insbesondere auch interdisziplinäre wissenschaftliche Zusammenarbeit und fachübergreifende politische Koordination.

## *Selbsthilfe*

Ausgangs- und Angelpunkt des Konzepts eigenständiger Regionalentwicklung sind die Initiativen und das Engagement der betroffenen Bevölkerung im ländlichen Raum. Ein eigenständiger Weg ländlicher Entwicklung läßt sich nicht am grünen Tisch planen und durch zentralstaatliche Instanzen durchsetzen. Er kann nur aus den Interessen und Bedürfnissen der Menschen, die auf dem Land leben, erwachsen. Das Prinzip der Selbsthilfe stellt die direkteste Form der Beteiligung der Bürger dar, die dabei selbst Projektträger sind. Konkrete Maßnahmen können dadurch im unmittelbaren Lebenszusammenhang der Landbevölkerung verankert werden. Der Ansatz ist jedoch insofern höchst anspruchsvoll, als er voraussetzt, daß diese Interessen nicht nur vorhanden sind, sondern daß sie von den Bewohnern selbst geäußert und in verschiedenen Formen von Selbsthilfe in den Entwicklungsprozeß eingebracht werden.

## *Projektförderung und -beratung*

Das Prinzip „Selbsthilfe“ bedeutet nicht, daß die Bewohner ländlicher Räume mit ihren Problemen allein gelassen werden. „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist für die eigenständige Regionalentwicklung unabdingbar, da einzelne Initiativen auf eine Vielzahl struktureller Hindernisse stoßen, die nicht allein durch individuellen persönlichen Einsatz überwunden werden können. Um die einzelnen Initiativen zu stabilisieren und zu koordinieren, ist institutionelle Unterstützung durch staatliche Stellen notwendig. Im Vordergrund stehen dabei die Bereitstellung von Informationen (Beratung) und von finanziellen Mitteln (siehe auch Punkt 2.2.). Eigenständige Regionalentwicklung ist deshalb auf kürzere Sicht für den Staat nicht notwendigerweise die billigere Alternative. Allerdings soll die Förderung nicht unspezifisch in einer Art „Gießkannenprinzip“ über weite Bereiche verteilt, sondern selektiv auf einzelne, auch kleine Projekte konzentriert werden.

## *2.2. Die organisatorische Konzeption eigenständiger Regionalentwicklung*

### *Eigeninitiative der Landbewohner*

Als organisatorisches Prinzip bedeutet Selbsthilfe, daß nur Projekte unterstützt werden, deren Initiierung, Planung oder Durchführung von Bewohnern der Region getragen wird. Dabei sind in der Regel nicht nur ideelle Beiträge gefordert, sondern auch Eigenleistungen in Form von materiellem oder finanziellem Einsatz oder durch eigene Arbeitsleistungen. Eigenleistungen werden selbstverständlich besonders in Projekten verlangt, mit denen sich Landbewohner eine wirtschaftliche Existenz schaffen (etwa bei Gründung oder Ausbau eines selbständigen Betriebes). Maßgebliche Selbstbeteiligung ist aber auch in Gemeinschaftsprojekten (zum Beispiel Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften) und in gemeinnützigen Unternehmungen (etwa beim Ausbau einer dörflichen Begegnungsstätte) notwendig. Über das Verhältnis von Eigenleistung und Gewährung von Fördermitteln kann nur im Einzelfall entschieden werden. Langfristig sollen sich die Projekte möglichst selbst tragen können. Durch Selbsthilfe sollen vor allem die eigenen Potentiale ländlicher Räume genutzt und Defizite dort ausgeglichen werden, wo sie besonders stark empfunden werden. Dazu ist es erforderlich, daß ein breites Spektrum von Projekten einschließlich kleinerer Unternehmungen berücksichtigt wird. Selbsthilfe soll darüber hinaus die Identifikation der Bewohner mit ihrem Lebensraum erleichtern.

### *Regionalberatung*

Die ersten Versuche der Projektförderung im Sinne der eigenständigen Regionalentwicklung machten sehr bald gravierende Mängel an Information und Beratung deutlich (siehe Scheer 1987, S. 51 ff., und ÖAR 1987, S. 16 ff). Der daraufhin erfolgte Einsatz von Regionalberatern erwies sich als überaus erfolgreich. Diese Berater betreuen die Projekte in allen Phasen und nehmen dabei unterschiedliche Aufgaben wahr: von der Aktivierungs- und Motivationsarbeit in der Ideenphase über die Organisationsberatung und betriebswirtschaftliche Fachberatung in der Entstehungsphase bis zur Supervision in der Konsolidierungsphase. Dabei gilt: „Die Projektbetreuung erfolgt aktiv und engagiert in einem partnerschaftlichen Beratungsverhältnis, der Betreuer übernimmt jedoch in keiner Phase Aufgaben der Projektträger, wie z. B. Personal-, Organisations- und Investitionsentscheidungen, Geschäftsführungsfunktionen usw.“ (Scheer 1987, S. 54). Die Regionalberater sollen über umfassendes Wissen in verschiedenen Fachgebieten und über genaue Kenntnisse ihrer Region verfügen. Sie müssen hohes persönliches Engagement und viel Kommunikations- und Koordinationsbereitschaft aufbringen.

Darüber hinaus leisten die Regionalberater umfassende regionale Entwicklungsarbeit, indem sie aktiv nach möglichen Projektträgern suchen und verschiedene Projekte in einem regionalen Entwicklungskonzept koordinieren. Sie können regionale Plattformen und Netzwerke schaffen, „wo Menschen und Initiativen zusammenkommen und neue Ansätze in allen Lebensbereichen besprechen, erproben und reflektieren“ (ebd., S. 55). Sie sollen Kontakte zu wissenschaftlichen Einrichtungen und vorhandenen Vereinen und Verbänden

knüpfen und sie in die regionale Planung mit einbeziehen sowie Öffentlichkeitsarbeit für die eigenständige Regionalentwicklung leisten. Mit den bisherigen Formen von staatlicher Beratung (zum Beispiel der Landwirtschaftsberatung) sind solche Aufgaben – auch bei einer eventuellen personellen Erweiterung – nicht annähernd zu leisten. Als Träger einer unabhängigen Regionalberatung erscheinen als eingetragene Vereine organisierte Regionalvereine besonders geeignet.

### *Regionalvereine*

Regionalvereine haben sich in Österreich zur organisatorischen Unterstützung und Koordinierung der Maßnahmen im Rahmen der eigenständigen Regionalentwicklung bewährt. „Diese von ehrenamtlichen Mitgliedern getragenen Regionalvereine engagieren sich in den Regionen vor allem in Bereichen der Informations- und Bildungsarbeit für die Anliegen einer eigenständigen Regionalentwicklung. Sie arbeiten dabei eng mit den Regionalbetreuern zusammen und stärken deren Einbindung in das regionale Geschehen.“ (ÖAR 1987, S. 10). Die Regionalvereine verbinden die drei anderen Säulen des Organisationsmodells „Eigenständige Regionalentwicklung“. Ihre Mitglieder sind aktive Bewohner aus der Region, die nicht notwendig selbst Projekte betreiben, aber die Entwicklung ihres Lebensraumes mitgestalten wollen. Ihre genauen lokalen Kenntnisse und Erfahrungen sind eine wichtige Hilfe für die Arbeit der Regionalberater. Als Arbeitgeber der Regionalberater erleichtern die Regionalvereine deren bürgernahen Einsatz und ermöglichen ihnen weitgehende Unabhängigkeit in ihrer Arbeit. Schließlich sind die Regionalvereine die wichtigsten Ansprechpartner für staatliche Organe der Regionalpolitik. Sie gewährleisten die Mitbestimmung der Bevölkerung im Rahmen einer dezentralen Regionalplanung und vertreten ihre Interessen gegenüber staatlichen Stellen. Zugleich entlasten sie die Behörden von Informations- und Planungsaufgaben.

### *Staatliche Förderung*

Der staatliche Einfluß auf die Regionalentwicklung wird durch Selbsthilfe, Regionalberatung und Regionalvereine erheblich eingeschränkt. Doch müssen in der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation diese drei Säulen weitgehend wirkungslos bleiben, wenn nicht durch die öffentliche Hand für sie geeignete Rahmenbedingungen geschaffen und finanzielle Fördermittel bereitgestellt werden. Die Verantwortung des Staates für die Möglichkeit einer eigenständigen Regionalentwicklung bleibt damit in vollem Maße erhalten. Bundes- und Landesregierungen sind vor allem gefordert in der Schaffung von Fonds zur Förderung der Projekte (die Entscheidung über die Vergabe von Mitteln könnte nach österreichischem Vorbild in einer gemeinsamen Kommission von Regionalvereinen und Ministerien getroffen werden) und bei der Unterstützung der Regionalvereine, besonders in der Ausbildung und Finanzierung der Projektberater. Daneben können Anpassungen gesetzlicher Regelungen und infrastruktureller Bedingungen an die Anforderungen der Entwicklung vielfältiger und zum Teil neuartiger Projekte im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich erforderlich sein.

### *2.3. Beispiele für Elemente dieses Ansatzes in der Regionalpolitik verschiedener Länder*

Die Darstellung neuer Möglichkeiten der eigenständigen Regionalentwicklung ist bisher, vor allem was die organisatorische Umsetzung betrifft, in weiten Teilen dem österreichischen Modell gefolgt. Doch finden sich ähnliche Ansätze und vergleichbare Elemente auch in der Regionalpolitik anderer Staaten und einzelner Länder der Bundesrepublik<sup>4</sup>. Die unterschiedlichen Wege sollen kurz an den Beispielen Österreich, Schweiz, Baden-Württemberg und Hessen skizziert werden.

#### *Österreich*

Die beschriebenen Elemente einer eigenständigen Regionalentwicklung wurden im wesentlichen von Bergbauerninitiativen in Österreich Ende der siebziger Jahre entwickelt (siehe Scheer 1987, S. 44 ff). Sie sind inzwischen zu einem festen und charakteristischen Bestandteil der österreichischen Regionalentwicklung und zu einer wichtigen Ergänzung der herkömmlichen raumordnungspolitischen Maßnahmen dort geworden (vgl. ÖAR o.J.[b]). 1983 schlossen sich verschiedene Regionalvereine zur Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung (ÖAR) zusammen (siehe ÖAR 1987, S. 10 ff). 1987 bestanden in Österreich 9 Regionalvereine, die insgesamt 23 Regionalberater beschäftigten. Von 1980 bis 1986 wurden 112 Projekte, vor allem in den Bereichen Landwirtschaft und Fremdenverkehr, finanziell gefördert (betreut wurden insgesamt ca. 200 Projekte). Die Gesamtinvestitionen dieser Projekte in Höhe von 33 Mio. DM wurden mit 8,6 Mio. DM bezuschußt. Die jährliche Wertschöpfung der Projekte betrug rund 20 Mio. DM, was auf die Schaffung bzw. Erhaltung von etwa 1.200 Arbeitsplätzen schließen läßt (Daten nach Scheer 1987, S. 60 ff).

Die Wirkung dieses Konzeptes auf das Bewußtsein und das Engagement der betroffenen Bevölkerung läßt sich allerdings nicht in Maßzahlen ausdrücken. Der Erfolg einer eigenständigen Regionalentwicklung wird sich langfristig auch in solchen „klimatischen Veränderungen“ (ebd., S. 64) in den benachteiligten Landregionen zeigen müssen. Im Hinblick darauf ist das Beispiel Österreich mit besonderer Aufmerksamkeit weiter zu beobachten.

#### *Schweiz*

Ähnlich wie in Österreich sind in der Schweiz regionale Disparitäten stark ausgeprägt, weil große Teile des Landes besonders ungünstige Gebirgslagen aufweisen. Doch aufgrund ihrer dezentralen politischen Struktur „spielt die Beachtung regionaler Interessen in der gesamten schweizerischen Politik traditionell eine große Rolle“ (Meier 1987, S. 84). Wenn es in den letzten Jahren in der Schweiz auch keine der in der ÖAR geleisteten Entwicklungsarbeit entsprechende Initiative gegeben hat, so ist doch das Konzept „endogener Entwicklung“ deutlich in den Vordergrund getreten (siehe Elsasser 1987 und Meier 1987). Damit wird die umfassende Mobilisierung spezifisch regionaler Ressourcen mit dem Ziel „selektiver regionaler Eigenständigkeit“ (Elsasser 1987, S. 5) angestrebt.

Neben den üblichen Mitteln regionaler Wirtschaftsförderung (verschiedene Investitionshilfeprogramme zum Beispiel) sind deshalb Beratungsansätze zum zweiten Schwerpunkt der schweizerischen Regionalpolitik geworden (siehe Meier 1987, S. 91 ff.). Die Beratung erfolgt vor allem durch (insgesamt über 50) Regionalberater, die ähnlich dem österreichischen Modell von unabhängigen Vereinen angestellt sind. Neben ihrer Hauptaufgabe, der Investitionsberatung, leisten sie allgemeine Informations- und Koordinationsarbeiten in der Region. Regionale Beratung findet auch in den Innovationsberatungsstellen (Ziel: Technologietransfer) und in den Energieberatungsstellen (Ziel: Energieeinsparung) statt. Wichtige Unterstützungsarbeit für regionale Entwicklungspotentiale leisten schließlich die ländlichen Genossenschaften, beispielsweise die Genossenschaften für landwirtschaftliches Bauen und die Arbeitsgemeinschaft für den Kräuteranbau in Berggebieten.

### *Baden-Württemberg*

Auch die Landesregierung von Baden-Württemberg stellt die Eigenart und Eigenständigkeit des ländlichen Raumes in den Mittelpunkt ihres ambitionierten Programms (Ministerium ... 1987, S. 7 u. 8). Ihr ganzheitliches Entwicklungskonzept greift auf die herkömmlichen Mittel der Regionalpolitik zurück, die in besonders breitem Umfang ausgeschöpft werden. Neben Maßnahmen zur Dorfentwicklung, die in Baden-Württemberg bereits seit den sechziger Jahren gefördert wird, werden auch agrar-, bildungs-, sozial-, kultur-, verkehrs- und umweltpolitische Instrumente einbezogen. Ansätze zur Selbsthilfe und entsprechende Beratungsmöglichkeiten und Projektförderungen werden dagegen kaum berücksichtigt. Auch im Rahmen der besonders geförderten Mittelstandspolitik und der Einrichtung von Informations- und Kommunikationsdiensten zur Erleichterung des Technologietransfers finden sich kaum entsprechende Elemente; im Gegenteil besteht dort die Tendenz, nicht typische regionale Potentiale zu stärken, sondern eine den Verdichtungsräumen ähnliche Entwicklung einzuleiten. So werden zwar durch ein umfassendes Maßnahmenbündel vergleichsweise günstige Lebensbedingungen für die ländliche Bevölkerung geschaffen, aber kaum Entwicklungsimpulse für eigenständige, regionspezifische Projekte gesetzt.

Seit 1988 gibt es auch in Baden-Württemberg einen Verein für eigenständige Regionalentwicklung, in dem neben der Wirtschaftsförderung vor allem „eine projektbegleitende, integrierte Bildungs- und Kulturarbeit“ (Initiativkreis ... 1988, S. 7) angestrebt wird. Der Verein hat sich mit der Zeitschrift „Pro Regio“ (siehe insbesondere Nr. 1+2/1989) ein eigenes Forum geschaffen, aber bisher noch keine Unterstützung durch die Landesregierung erfahren.

### *Hessen*

Ähnlich wie in Baden-Württemberg steht auch in Hessen seit 1982 die Dorferneuerung im Mittelpunkt der Raumordnungs- und Siedlungspolitik für den ländlichen Raum. Dabei wird neben den neuen Zielen der Eigenständigkeit, des Eigenwerts und der Stärkung dezentraler Strukturen des ländlichen Raumes (Der Hessische Minister ... 1986, S. 7) immer noch einseitig seine Funktion „als



eines positiven Ausgleichsfaktors für die Problemlagen der Gesellschaft“ (ebd., S. 14) betont. Die Projektförderung blieb zunächst ganz im Rahmen der herkömmlichen Maßnahmen zur baulichen Erneuerung der Dörfer.

Einer Initiative des „Arbeitskreises junger Landwirte Nordhessen“ folgend, hat die Koalition von SPD und Grünen 1984 zusätzlich ein „Ländliches Regionalprogramm“ nach österreichischem Vorbild eingerichtet. 1985 wurde der „Verein zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen“ (VER) gegründet, der vier, später fünf Regionalberater einstellte. Gefördert wurden Projekte, „die Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Raum schaffen und erhalten, der Erhaltung und Verbesserung der sozialen Infrastruktur dienen und unter Nutzung einheimischer Ressourcen zur regionalen Entwicklung beitragen“. (Richtlinien zur Förderung in: VER 1987, S. 44). Von 1984 bis 1986 wurden von 91 gestellten Anträgen 32 bewilligt, vor allem im Bereich der Weiterverarbeitung und der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Bei einer gesamten Investitionssumme der bewilligten Projekte von 2,6 Mio. DM betrug die Förderung 1,1 Mio. DM. Nach dem Regierungswechsel 1987 in Hessen konnte das Programm nicht mehr in der vorgesehenen Form fortgeführt werden. Damit blieb der Versuch, auch in der Bundesrepublik alte und neue Wege zur Förderung der Regionalentwicklung zu verbinden, zunächst nur ein kurzes Experiment.

### **3. Konkrete Ansatzmöglichkeiten für die Umsetzung des Konzeptes einer eigenständigen Regionalentwicklung<sup>5</sup>**

#### *3.1. Ausbau einer vielseitigen regionalen Wirtschaftsstruktur*

Einer vielseitigen und selbständigen regionalen Wirtschaftsstruktur kommt im Rahmen einer eigenständigen Regionalentwicklung zentraler Stellenwert zu. Für eine entsprechende Wirtschaftsförderung sind folgende Fragen maßgeblich: In welchem Ausmaß nutzt ein Unternehmen regionale Ressourcen (Rohstoffe, Produkte, Fertigkeiten u.a.)? Wie stark ist ein Unternehmen in regionale Wirtschaftskreisläufe eingebunden (vorrangige Entwicklung der innerregionalen Wirtschaftsbeziehungen; hohe Wertschöpfung aus der Region)? Wie selbständig ist ein Betrieb gegenüber zentralen Wirtschaftsorganisationen in Verdichtungsräumen? Entsprechende Förderungsmöglichkeiten bestehen vor allem in den Bereichen Gewerbe, Landwirtschaft und Fremdenverkehr, in geringerem Umfang auch in der Energieversorgung, im Verkehr und im Handel.

##### *3.1.1. Gewerbe*

Im gewerblich-industriellen Bereich fallen die Standortnachteile von Betrieben im ländlichen Raum gegenüber den Großbetrieben in Verdichtungsräumen besonders ins Gewicht. Als Alternative zu Filialbetrieben großer Industrieunternehmen, als Ergänzung und zum Ausbau der im ländlichen Raum noch vorhandenen Handwerksbetriebe bieten sich mehrere Entwicklungsstrategien an.

### *Stärkung traditioneller Fertigkeiten und Handwerke*

Im Verlauf des Industrialisierungsprozesses sind viele alte Handwerke und traditionelle Techniken und Fertigkeiten verdrängt worden. Die im Zusammenhang mit der Dorferneuerung wachsende heimatgeschichtliche Besinnung und das gestiegene ökologische Problembewußtsein haben in den letzten Jahren den Bedarf nach solchen überlieferten Kenntnissen wieder erhöht. So werden bei der Erhaltung der baulichen Substanz von Dörfern traditionelle bauhandwerkliche Fähigkeiten wieder relevant.

### *Nutzung von Marktlücken (neue Produkte, neue Techniken, neue Dienstleistungen)*

Die klassische Strategie der Innovation und der Nutzung von Marktlücken kann auch ländlichen Betrieben neue Marktchancen eröffnen. In dieser Hinsicht sind die neuen Informations- und Kommunikationstechniken interessant, weil sie von räumlichen Strukturen unabhängiger machen und auch für hochqualifizierte Arbeitskräfte Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Der Einstieg in die neuen Technologien kann für die Eigenständigkeit ländlicher Betriebe aber auch negative Folgen haben, etwa bei hoher Abhängigkeit von vor- und nachgelagerten Großbetrieben oder bei bestimmten Formen von Teleheimarbeit. Selbst naheliegendere Marktlücken für Produkte, die überwiegend im ländlichen Raum nachgefragt werden, werden noch zu wenig genutzt, zum Beispiel eine angepaßte Landtechnik für kleine und mittelgroße Betriebe, für Sonderkulturen oder für den ökologischen Landbau. Neue Möglichkeiten tun sich auch im Bereich von Umweltschutz und Recycling auf.

### *Neue betriebliche Kooperationsformen*

Um Nachteile der peripheren räumlichen Lage auszugleichen und um auch bei anhaltendem Strukturwandel konkurrenzfähig zu bleiben, können neue Formen inner- und überbetrieblicher Kooperation genutzt werden. Hinsichtlich der Selbstverwaltung von Betrieben sind sowohl bei Neugründungen als auch bei der Übernahme bestehender Betriebe wichtige Erfahrungen im Rahmen des Programms „Eigenständige Regionalentwicklung“ in Österreich gewonnen worden. Sie lassen die Selbstverwaltung in bestimmten Fällen als Möglichkeit der Sicherung von Arbeitsplätzen auf dem Land erscheinen: „Nur wenn die betriebswirtschaftliche und unternehmerische Kompetenz einer Trägergruppe bereits gegeben ist, stellt die Selbstverwaltung eine sinnvolle Organisationsform von gewerblich/industriellen Projekten dar. Meistens ist eine mehrjährige unternehmerische Tätigkeit der Kerngruppe (zumindest aber einer Person) eine wichtige Voraussetzung für die Selbstverwaltung. Ob sie dann zustande kommt, hängt primär von der Motivation und Entscheidung der Gruppenmitglieder ab“ (ÖAR 1987, S. 52).

### *3.1.2. Landwirtschaft*

Die Landwirtschaft ist trotz des anhaltenden Rückgangs der Zahl der Betriebe ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum geblieben. Die bäuerli-

che Landwirtschaft prägt darüber hinaus das landschaftliche Bild und die kulturelle Identität ländlicher Räume in hohem Maße. Sie ist daher für Strategien zur Förderung einer eigenständigen Regionalentwicklung von entscheidender Bedeutung. Doch kann die Weichenstellung für die Zukunft der Landwirtschaft nur über das umfassende Instrumentarium der Agrarpolitik erfolgen (vgl. als Überblick Priebe 1986). Im Sinne der Eigenständigkeit sind Maßnahmen zur Sicherung der Klein- und Mittelbetriebe und zur Dezentralisierung der Agrarpolitik anzustreben. Ergänzend kann aber auch im Rahmen der Regionalförderung die bäuerliche Landwirtschaft bei verschiedenen Projekten unterstützt werden.

### *Neue Produkte und Sonderkulturen*

Im Gefolge der Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion sind zahlreiche Erzeugnisse von den Höfen verschwunden, für die weiterhin (zum Teil sogar steigende) Nachfrage besteht. So könnten in begrenztem Rahmen verstärkt angeboten werden: Produkte der Schaf- und Ziegenhaltung, Honig, Kräuter, Flachs und andere spezielle Pflanzensorten. Auch durch die Gewährleistung einer spezifischen Produktqualität können neue Märkte erschlossen werden. In dieser Hinsicht erlangt der ökologische Landbau wachsende Bedeutung.

### *Weiterverarbeitung*

Die Landwirtschaft ist immer mehr zum bloßen Rohstofflieferanten für die weiterverarbeitende Nahrungsmittelindustrie geworden. Konzentrationsprozesse in der nachgelagerten Industrie, auch bei den genossenschaftlich organisierten Betrieben, haben den bäuerlichen Einfluß auf die Lebensmittelherstellung weiter vermindert. Durch den Zusammenschluß mit anderen Bauern oder in Verbindung mit Direktvermarktung kann die Weiterverarbeitung auch heute noch zusätzliche Einkommensmöglichkeiten schaffen. So könnten mit begrenztem Investitionsaufwand Brot- und Backwaren, Milch- und Käseprodukte, Fleisch- und Wurstwaren, Obstsäfte und anderes mehr zum Teil wieder auf den Höfen selbst hergestellt werden.

### *Direktvermarktung*

Auch durch Direktvermarktung erhöht sich der bäuerliche Verdiensteil an landwirtschaftlichen Produkten. Der Verkauf ab Hof ist dabei nur eine, zudem sehr arbeitsaufwendige Variante. Bewährt haben sich daneben vor allem gemeinschaftliche Formen der Direktvermarktung wie Marktstände, Verkaufswagen oder gemeinsame Läden. Besonderen Anklang haben Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (EVG) gefunden, die es inzwischen in vielen Regionen Österreichs und der Bundesrepublik gibt: „In einer EVG schließen sich eine überschaubare Zahl von Erzeugern und Verbrauchern zusammen. Die Verbraucher übernehmen einen Teil der Vermarktungsarbeit, der in der traditionellen Direktvermarktung ganz auf der Bauernfamilie lastete“ (VER 1987, S. 40). Durch das hohe Maß an Kommunikation und wechselseitiger Information zwischen den Beteiligten können Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften zudem das soziale Klima im ländlichen Raum verbessern (vgl. Brink 1986).

### 3.1.3. *Fremdenverkehr*

In benachteiligten, aber landschaftlich und kulturell reizvollen Regionen bot der Fremdenverkehr in den vergangenen Jahrzehnten beträchtliche wirtschaftliche Expansionsmöglichkeiten. Angesichts der sich abzeichnenden Wachstumsgrenzen des Tourismus-Markts bedürfen Investitionen in den Fremdenverkehr jedoch immer genauerer Planung. Zudem treten die negativen Folgen der raschen Expansion zutage: Ländliche Kulturen haben ihren typischen Charakter verloren, Gemeinden haben sich bei Investitionen in die Infrastruktur übernommen, und die mit dem Tourismus verbundene Umweltbelastung nimmt zu. Unter dem Gesichtspunkt der eigenständigen Entwicklung liegen die Chancen für ländliche Gebiete im Angebot spezieller und regional-typischer Leistungen im Rahmen eines angepaßten, „sanften“ Tourismus. „Dazu gehört zuallererst der Verzicht auf die Reproduktion urbaner Standards in der Regional- und Dorfentwicklung und die Stärkung einer eigenständigen ländlichen Lebensweise und Identität“, resümieren Romeiß-Stracke und Pürschel (1986, S. 97) in ihrer Studie zur Nachfrage nach Freizeitangeboten im ländlichen Raum.

#### *Naturnahe Freizeit*

Das wichtigste Potential des ländlichen Raumes im Fremdenverkehr sind seine natürlichen Gegebenheiten. Mit zunehmender Bebauungsdichte in städtischen Regionen und fortschreitendem Wandel des Natur- und Umweltbewußtseins dürfte die Nachfrage nach naturnaher Freizeit weiter steigen (ebd., S. 77 ff). Ihr läßt sich mit verschiedenen Angeboten von „Ferien auf dem Bauernhof“ über den Wanderurlaub bis zu angepaßten Formen des Aktiv- und Sporturlaubs begegnen. Doch erfordert die Erhaltung der natürlichen Qualitäten einer Landschaft eine ganzheitliche Planung<sup>6</sup>.

#### *Ländliche Kultur und Geschichte*

Die Vereinnahmung ländlicher Kultur durch den Fremdenverkehr kann unterschiedliche Folgen haben. Einerseits enthält sie die Chance, ländliches Leben in seiner Eigenart wiederzubeleben; andererseits besteht die Gefahr folkloristischer Verfremdung: „Insbesondere großräumige touristische Umnutzungen historischer Bausubstanz sind solange kein Beitrag zur Revitalisierung, solange diesen ausschließlich urbane Regenerationsbedürfnisse zugrundegelegt und die Interessen der lokalen Bevölkerung ignoriert werden“ (Römhild 1986, S. 371). Im Rahmen der eigenständigen Regionalentwicklung ist ländliche Kultur deshalb nur in einer an die ländliche Lebensweise angepaßten Form für den Fremdenverkehr zu nutzen.

#### *Bildung und Kultur*

Die Nachfrage nach beruflicher und allgemeiner Bildung ist in der Bundesrepublik anhaltend hoch. Für die ländlichen Regionen bietet sie die Gelegenheit, auch für die nicht-ländliche Bevölkerung Kurse und Seminare auf dem Land in Verbindung mit anderen regionalen touristischen Leistungen anzubieten. Ver-

schiedene Bildungsstätten und Tagungshäuser haben diese Marktnische bereits mit Erfolg genutzt.

### *3.1.4. Energieversorgung, Verkehr und Handel*

Die Infrastruktur ländlicher Gebiete ist trotz umfangreicher Fördermaßnahmen ein Dauerproblem der Regionalentwicklung geblieben. Einem bemerkenswerten Abbau von Defiziten, beispielsweise in der Verkehrserschließung oder im Gesundheitswesen, stehen massive Rationalisierungs- und Zentralisierungstendenzen in anderen Bereichen (Post, Bahn oder Einzelhandel) gegenüber. Die eigenständige Regionalentwicklung strebt die Erhaltung und den Ausbau dezentraler Versorgungsstrukturen an und sieht die aktive Beteiligung der Bevölkerung bei der Planung vor.

#### *Dezentrale Energieversorgung*

Die schonende Nutzung der natürlichen Energiequellen gehört zu den vorrangigen Zielen der Umweltpolitik. Auf dem Land bestehen dafür vielfältige Möglichkeiten, die aber der vorherrschenden Tendenz zur Zentralisierung der Energieversorgung entgegenstehen. Sonnenenergie, Wasserkraft, Rottwärme von Mist und Kompost, Biogas oder Holzreste könnten auch beim heutigen Stand der Technik bereits in lokalen und dezentralen Versorgungsanlagen genutzt werden. Durch dezentrale Energieversorgung können regionale Ressourcen in umweltschonender und kostengünstiger Weise eingesetzt und Energieverluste durch Überkapazität und Transport vermieden werden.

#### *Verkehr*

Die Verkehrsplanung im Rahmen einer eigenständigen Regionalentwicklung ist besonders schwierig, da die Ziele der Nutzungsfreundlichkeit, der Umweltverträglichkeit und der Kostengünstigkeit häufig einander entgegenstehen. So sorgt etwa die Entlastung der Dorfkerne durch Umgehungsstraßen oft für erhebliche landschaftliche Beeinträchtigungen; oder die Aufrechterhaltung umweltfreundlicher Bus- und Bahnverbindungen kann mit hohen Kosten bei mäßiger Nutzung verbunden sein. Solche Zielkonflikte erfordern in besonderem Maße die Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen der Verkehrsplanung. Anzustreben sind aber auch neue, flexiblere Möglichkeiten der Verkehrsnutzung.

#### *Handel*

Durch die Konzentration im Einzelhandel sind auf dem Land viele kleine Geschäfte verschwunden. Dadurch wurde die örtliche Güterversorgung erschwert, und traditionelle Kommunikationsstrukturen wurden zerstört. Eine Wiederbelebung des dörflichen Einzelhandels ist aufgrund des Preisdrucks großer Selbstbedienungsläden in den Städten äußerst schwierig. Chancen bestehen vor allem in der Zusammenarbeit mit dem lokalen Nahrungsmittelhandwerk und der umliegenden Landwirtschaft. Durch das Angebot qualitativ hochwertiger und regional spezifischer Produkte könnte die örtliche Nachfrage

belebt werden. Dieselbe Vertriebsstrategie bietet sich für das ländliche Gewerbe, zum Beispiel das Kunsthandwerk, an.

### *3.2. Eigenständigkeit im politischen, sozialen und kulturellen Leben*

Der ganzheitliche Charakter der eigenständigen Regionalentwicklung erfordert eine den wirtschaftlichen Impulsen entsprechende Entwicklung der sozialen und kulturellen Lebensbedingungen im ländlichen Raum. In diesem Bereich setzen Projekte besonderes Engagement aller Beteiligten voraus, da sie in der Regel kaum finanziellen Gewinn abwerfen. Sie erscheinen aber nicht nur als Voraussetzung eines guten sozialen Klimas auf dem Land, sondern auch als Basis eines langfristigen wirtschaftlichen Aufschwungs. Besonders schwer dürfte es sein, politische Entscheidungsmöglichkeiten zurückzugewinnen.

#### *3.2.1. Beteiligung an regionalen politischen Entscheidungen*

Die Gebiets- und Gemeindereformen, die in den 70er Jahren durchgeführt wurden, brachten nachhaltige politische Veränderungen mit sich. Im ganzen Bundesgebiet verringerte sich die Anzahl der Gemeinden von 24.282 auf 8.660 (vgl. Schäfers 1980, S. 14), die Zahl der Gemeinderatsmitglieder halbierte sich (vgl. Wehling 1980, S. 63). Der Verlust an dörflicher Autonomie zeigte sich nicht nur im Entzug von finanzieller Verfügungsgewalt und politischer Entscheidungskompetenz, sondern auch in der Schließung von regionalen Krankenhäusern, der Veränderung von Straßennamen und der Auflösung der kleinen Dorfschulen.

#### *Aktivierung dezentraler politischer Gremien*

Die eigenständige Regionalentwicklung ist bestrebt, regionale Planungs- und Entscheidungskompetenzen wieder auf die einzelnen Gemeinden zu verteilen und die Handlungsmöglichkeiten kommunaler Verwaltungen zu nutzen und auszubauen. Dies hätte den Vorteil, daß örtliche Besonderheiten und Initiativen in den unterschiedlichen Regionen berücksichtigt werden könnten, etwa bei der Entwicklung regionaler Beschäftigungsprogramme. Wichtig ist auch hier die Bereitstellung von politischer Beratungskompetenz. Verantwortung für die eigenen Belange zu übernehmen, ist der ländlichen Bevölkerung nicht neu. Gerade die Planung und Durchführung von praktischen Arbeiten, wie zum Beispiel der Feldwegbau oder die Errichtung von Entwässerungssystemen, wurde früher gemeinsam vollzogen. Das vorhandene Potential an Eigenverantwortlichkeit und Eigeninitiative könnte reaktiviert werden, um auch die Identifikation mit der eigenen Gemeinde wieder zu fördern.

Wichtige lokale politische Einflußmöglichkeiten bestehen über die vorhandenen Institutionen des Gemeinderats, des Bürgermeisters und der Bürgerversammlungen. Eine Chance, das Eigenständigkeitsbewußtsein und das politische Verantwortungsgefühl der einzelnen Dörfer oder „Ortsteile“ zu stärken, liegt in der mit der Gemeindereform gegebenen Möglichkeit, für räumlich getrennte Ortsteile aufgrund der Ortschaftsverfassung (Paragraphen 67–73

GO) Ortschaftsrat und Ortsvorsteher zu wählen. Die Ortschaftsvertreter sollten dabei nicht nur Informations- und Anlaufstelle bleiben, sondern auch Diskussionen anregen und zu Ortsteilversammlungen einladen.

### *Rückverlagerung politischer Entscheidungskompetenzen auf die Dorfebene*

Bürgerbeteiligung ist jedoch nicht nur in der Kommunalpolitik nötig, sondern darüber hinaus bei allen regionalpolitischen Entscheidungen möglich und erforderlich. Bereiche wie die Flurbereinigung, die Müllentsorgung oder die Dorferneuerung und -planung sind konkrete Felder, in welche die Meinungen, Vorstellungen und Lebensgewohnheiten der ländlichen Bewohner einzubeziehen sind. Dies könnte nicht nur dazu beitragen, Verantwortlichkeiten auf die Dörfer rückzuverlagern, sondern auch ein inzwischen weit verbreitetes Mißtrauen den Behörden gegenüber abzubauen.

### *3.2.2. Soziale Versorgung und Integration*

Aufgrund der strukturellen Veränderungen auf dem Land mit einer drastischen Abnahme der bäuerlichen Bevölkerung und einer entsprechenden Zunahme außerhäuslicher Erwerbstätigkeit änderten sich auch die ländlichen Formen des Zusammenlebens: Die Drei-Generationen-Haushalte nahmen ab, die Kleinfamilien nahmen zu, und die Haushalte haben weniger Familienmitglieder als früher. Daneben sinkt auch auf dem Land die Heiratshäufigkeit, die Scheidungsziffern dagegen steigen an (vgl. Watz 1986, S. 35) und führen zu einer Zunahme an Einelternfamilien. Die soziale Versorgung ist auf dem Land deshalb nicht mehr so selbstverständlich innerhalb des familialen Netzwerks möglich wie bisher, sondern ist zunehmend auf die Ausstattung mit öffentlichen Einrichtungen angewiesen, welche jedoch nicht in entsprechendem Ausmaß bereitstehen. Zu einer umfassenden sozialen Versorgung zählen in erster Linie die Betreuung von Kindern und alten Menschen, das Bildungssystem und das gesundheitliche Versorgungssystem.

### *Landkindergärten, Kinderkrippen und Horteinrichtungen*

Bei der Versorgung mit Kindergartenplätzen herrscht ein deutlicher Mangel. Sinnvoll wäre es in diesem Zusammenhang, die Kindergärten nach den Bedürfnissen der Familien auszurichten und zum Beispiel die Öffnungszeiten flexibel zu gestalten. Wichtig wäre es auch, bei der Etablierung von Kindergärten nicht von städtischen Erziehungskonzepten auszugehen, sondern vielmehr – im Sinne einer eigenständigen Regionalentwicklung die Chancen der jeweiligen Region nutzend – den Landkindern ihre ländliche Umgebung näherzubringen und die Beziehung zu ihrer Umwelt zu fördern.

Neben den Kindergärten müßten auch Betreuungsangebote für Kinder unter drei und über sechs Jahren, also Kinderkrippen und Horte geschaffen werden, die in ländlichen Regionen noch so gut wie gar nicht vorhanden sind. Sie werden aufgrund der veränderten Strukturbedingungen zunehmend wichtig. In diesem Zusammenhang ist die Möglichkeit von selbstinitiiierter Kleinkinderbetreuung zu berücksichtigen. Allerdings ist für deren Gelingen das Zeitbudget

und das Engagement der Eltern maßgeblich verantwortlich, was zum Beispiel für bäuerliche Familien vor allem in den Sommer- und Herbstmonaten problematisch ist. Außerdem bedarf es meist eines Anstoßes von außen und eines organisatorischen Rahmens für selbstinitiierte Gruppen, da auf dem Land Vorbilder in dieser Richtung weitgehend fehlen.

### *Schul-, Berufs- und Weiterbildungsmöglichkeiten*

Auch auf dem Land wird inzwischen der Wert einer qualifizierten Schulbildung immer mehr geschätzt, weil nur dadurch die Zugangsvoraussetzungen für eine gute Berufsausbildung gegeben sind. Auch die Qualität und Vielfalt beruflicher Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten entscheiden über die Zukunftschancen der Jugendlichen auf dem Land. Obwohl sich die Bildungsbeteiligung der Landbevölkerung im Zuge der Bildungsreform entscheidend verbesserte, wurden die Schulen aus den Dörfern in sogenannte Mittelpunktschulen verlagert. Für die Kinder bedeutete dies nicht nur ein tägliches Pendeln in frühem Alter, sondern die Bildungseinrichtungen entfernten sich auch inhaltlich immer stärker von den ländlichen Lebenszusammenhängen. Gerade das ländliche Bildungssystem könnte mit dazu beitragen, die Identifizierung der Kinder mit der eigenen Umgebung zu verstärken und eine bewußte Auseinandersetzung damit zu fördern.

Angebote zur Fort- und Weiterbildung und zur Umschulung sind nicht nur für jugendliche Berufsanfänger, sondern auch für Frauen nach der Kindererziehungsphase erforderlich. Der berufliche Wiedereinstieg von Frauen nach mehrjähriger Kindererziehung (oder auch Altenbetreuung) ist insgesamt problematisch, bei der ländlichen Arbeitsplatzknappheit verschärft sich dieses Problem noch. Die Förderung beruflicher Qualifikationen und Umschulungsmaßnahmen ist ein Ansatzpunkt zur Reintegration von Frauen ins Berufsleben. Weiter könnten zusätzliche Bildungseinrichtungen wie zum Beispiel Berufsakademien, Hochschulaußenstellen, Fachhochschulen usw. die Arbeitslosigkeit verringern und die ländlichen Regionen attraktiver machen.

### *Sozialstationen*

Obwohl die medizinische Versorgung der ländlichen Bevölkerung im Vergleich zu früher verbessert wurde, gibt es gerade in dünn besiedelten Gegenden Defizite: Ärztliche Versorgung ist oft verbunden mit langen Anfahrtswegen, eine ambulante Betreuung von Patienten ist schwierig. Verbesserungen im ländlichen Gesundheitswesen sind erforderlich im Bereich der physischen und psychischen Prävention, der Früherkennung und im kurativen Bereich. Häufig fehlen den niedergelassenen Ärzten auf dem Land Kenntnisse von psychosozialen und psychosomatischen Zusammenhängen.

Als Lösungsstrategie erscheint vor allem die Einrichtung von ländlichen Sozialstationen sinnvoll, in denen Ärzte mit unterschiedlichen Ausbildungsrichtungen zusammenarbeiten. Bereits vorhandene und neu einzurichtende ambulante Dienste werden hier koordiniert, um hilfeschuchenden Bürgern den eigenen Lebensraum zu erhalten. Auch Beratungen in schwierigen Lebenslagen können angeboten werden, so zum Beispiel Beratung bei Ehe- und Familienproble-



men, bei Suchtproblemen, Erziehungsproblemen usw. Da im Bereich der organisierten und professionalisierten Sozialhilfe städtischen Ursprungs auf dem Land mit Akzeptanzproblemen zu rechnen ist, ist es besonders wichtig, die angebotenen Hilfeleistungen personal zu vermitteln. In dezentralisierten kleinen Sozialstationen ist es den Mitarbeitern möglich, den Arbeitsbereich überschaubar zu halten und wichtige Kontakte zu den Bürgern zu knüpfen, wodurch ein notwendiges Vertrauensverhältnis entwickelt werden kann.

### *Die Betreuung und Versorgung alter Menschen*

Nicht nur aufgrund der veränderten Familienstrukturen, sondern auch weil in strukturschwachen Gebieten junge Menschen zur Abwanderung gezwungen sind und somit zunehmend alte Menschen zurückbleiben, wird die Altenbetreuung und -pflege in Zukunft problematisch. Für alte Leute kann neben der körperlichen Betreuung, wie sie zum Beispiel Sozialstationen oder Pflegeheime übernehmen können, die Möglichkeit geschaffen werden, sich in Begegnungsstätten zu treffen. Neben dem geselligen Treffen können hier auch Vorträge, Gymnastikstunden, Konzerte usw. organisiert werden.

### *Alte und neue Begegnungsstätten*

Für die Erhaltung und Belebung des ländlichen Raums ist die Förderung der Integration der unterschiedlichen ländlichen Bevölkerungsgruppen ins dörfliche Leben erforderlich. Obwohl die ländlichen Regionen ein gut funktionierendes Vereinswesen mit teilweise steigenden Mitgliederzahlen haben und die Vereine wegen ihrer Vielfalt wichtig für die ländlichen Räume sind, sind sie meist nur für bestimmte Gruppen ein Treffpunkt. Alte Leute, Kinder und häufig auch Frauen sind üblicherweise wenig in Vereinen engagiert. Andere dörfliche Kommunikationsorte nehmen dagegen insgesamt weiter ab. So müssen zum Beispiel die sogenannten „Tante-Emma-Läden“ im Dorf den Supermärkten in der Stadt weichen. Weitere traditionelle Kommunikations- und Interaktionsorte auf dem Land (Kirchplatz, Milchsammelstelle, Vorgärten, Straßen, Wirtshäuser, Felder usw.) sind verschwunden. Gerade für Dorfbewohner, deren alltäglicher Handlungsraum auf das Dorf selbst beschränkt ist – und das sind in erster Linie alte Leute und Familienfrauen –, ist die zunehmende Kontaktarmut schwer zu verkraften. Eine Möglichkeit zur Revitalisierung des dörflichen Alltags besteht darin, öffentliche Treffpunkte zu schaffen. Öffentliche Grillplätze, verkehrsberuhigte Dorfflächen mit Bänken oder umgebaute alte Gebäude können dazu dienen, integrative Ortsfeste zu feiern und zum Beispiel für Jugend- oder Frauengruppen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

### *3.2.3. Entwicklung einer selbstbewußten ländlichen Kultur*

In verschiedenen empirischen Untersuchungen hat sich gezeigt, daß die Landbewohner das ländliche Leben durchaus schätzen und eine Vielzahl von Vorteilen den wahrgenommenen Nachteilen entgegenhalten (siehe Baur 1986 und Häsler 1988). Doch befinden sie sich mit diesem positiven Selbstbild in einer defensiven, zum Teil verunsicherten Position gegenüber den dominanten städtischen Tendenzen, welche die sozialen und kulturellen Maßstäbe der gesell-

schaftlichen Entwicklung setzen. Eine eigenständige Regionalentwicklung zielt darauf ab, diese vorhandenen Elemente eines ländlichen Selbstbewußtseins zu stärken und auf der Grundlage einer eigenständigen kulturellen Identität weiterzuentwickeln. Ansatzpunkte dafür finden sich vor allem in der ländlichen Kultur, in der architektonischen und landschaftlichen Gestaltung und in den lokalen Medien.

### *Ländliche Kunst und Kultur*

In den ländlichen Gebieten sind eigenständige künstlerische Richtungen in Musik, Literatur und bildender Kunst zur Entfaltung gekommen. Zugleich haben sich verschiedene Formen des sozialen und religiösen Brauchtums erhalten. Diese kulturellen Besonderheiten prägen die ländliche Identität und sind deshalb im Rahmen der Regionalentwicklung zu fördern. Zur Sicherung ihrer Eigenständigkeit sollten sie vor städtischer und touristischer Verfremdung bewahrt werden, ohne in ihrer Weiterentwicklung und ihrer Auseinandersetzung mit aktuellen Lebenssituationen beeinträchtigt zu werden. Dann könnte auch die traditionelle ländliche Kultur eine lebendige Kultur bleiben. Als Maßnahmen bieten sich an: die Unterstützung der Vereine, in denen die ländliche Kultur in diesem Sinne erhalten und fortgeführt wird, die Gleichstellung ländlicher und städtischer Kulturförderung und die Förderung von Projekten, sich die ländliche Geschichte und Kultur bewußt (wieder-) aneignen.

### *Dorferneuerung und Landschaftsplanung*

Die Besonderheit des ländlichen Raums ist eng mit seinem äußeren Erscheinungsbild verbunden. Wechselnde Siedlungsformen (Weiler, Dorf, Kleinstadt) mit oft unterschiedlichen Baustilen charakterisieren im Zusammenspiel mit vielfältigen landschaftlichen Gegebenheiten kleinere und größere Regionen in unverwechselbarer Weise. Die jeweiligen Landschaftsbilder prägen die Wahrnehmung einer Region sowohl durch Fremde als auch durch die Bewohner selbst. Zur Erhaltung entsprechender lokaler und regionaler Bindungen sind typische Architektur-, Siedlungs- und Landschaftsformen zu bewahren. Im Rahmen der Dorferneuerung werden in den Bundesländern bauliche Maßnahmen bereits in erheblichem Umfang gefördert, zum Beispiel die Renovierung alter Bausubstanz oder die Wiederbelebung der Dorfkerne. Dabei wird, etwa in Baden-Württemberg oder in Hessen, zunehmend versucht, die Bewohner in eine umfassende Dorfentwicklungsplanung einzubeziehen. Diese Beteiligung könnte in Verbindung mit natur- und regionalgeschichtlichen, insbesondere auch bauhistorischen, Informationen sicher noch verstärkt werden.

Neben die Dorferneuerung tritt zunehmend die ökologisch orientierte Landschaftsplanung als besondere regionalpolitische Aufgabe. Sie erfordert vor allem eine umweltverträgliche Landbewirtschaftung, die Erhaltung von Biotopen und ökologisch und ästhetisch wertvollen Landschaftselementen, wie Hecken und Baumgruppen, und eine landschaftlich angepaßte Bauplanung. Es ist zu prüfen, ob diese Aufgabe im bisherigen Rahmen der Flurbereinigung geleistet werden kann oder ob dazu neue Instrumente und Institutionen notwendig sind. Dabei geht es nicht nur um konkrete Gestaltungsmaßnahmen, son-

dern auch um die Entwicklung des Bewußtseins der landschaftlichen Besonderheiten und der umfassenden ökologischen Verflechtungen. Entsprechende Informationen und Hilfen zu einer bewußteren Natur- und Landschaftsaneignung können im Rahmen allgemeiner Bildungsmaßnahmen oder in speziellen Kursen, Projekten und Planungen vermittelt werden.

### *Lokale Medien*

Wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der lokalen ländlichen Identität und für die Bürgerbeteiligung an regionalpolitischen Planungs- und Entscheidungsprozessen ist eine ausreichende Information und Kommunikation über lokale Medien (siehe Jarren 1986). Wichtige Funktionen erfüllen hier die lokalen Tageszeitungen, deren Angebot als Folge der Pressekonzentration deutlich zurückgegangen ist: „Im Jahr 1973 gehörten 33,3% und im Jahr 1985 bereits 47,9% aller Kreise und kreisfreien Städte zu jenen Gebieten, in denen sich die Bürger nur aus einer Zeitung über das lokale Geschehen informieren konnten“ (ebd., S. 306). Zudem scheinen ländliche Lokalredaktionen vielerorts überlastet zu sein und unter erheblichem Druck durch die lokalen Eliten zu stehen (ebd., S. 309 ff.). Eine eigenständige Regionalentwicklung muß sich deshalb um die Vielfalt der Informationsangebote im ländlichen Raum bemühen. So könnte in den Veröffentlichungen von Kommunalverwaltungen und Vereinen kontinuierlicher über lokale Angelegenheiten berichtet werden (auch die Kirchen und die politischen Parteien könnten hierzu beitragen). Die Gründung neuer Lokalzeitungen (möglichst unter Bürgerbeteiligung) erfordert hohen Aufwand, bietet dafür jedoch besonders breite und bürgernahe Kommunikationsmöglichkeiten.

## **4. Schlußbemerkung**

Das Spektrum möglicher Maßnahmen im Rahmen eigenständiger Regionalentwicklung ist groß. Dennoch kann ein Konzept eigenständiger Regionalentwicklung die bisherige Regionalförderung nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Denn die einzelnen Projekte erfordern ein hohes Maß an Initiative und Einsatzbereitschaft der Landbevölkerung, mit dem nicht in jedem Fall gerechnet werden kann. Gefördert werden zudem in der Regel eher kleine Projekte, deren Wirkung lokal begrenzt sein dürfte. Die Stärkung der Wirtschaftskraft peripherer ländlicher Regionen kann deshalb nur ein Ziel eigenständiger Regionalentwicklung sein. Entscheidende Impulse werden vor allem für die soziale und kulturelle Stabilisierung dieser Gebiete erwartet. Denn für das Selbstbewußtsein der Landbewohner können auch vereinzelt kleine Projekte mit exemplarischem Charakter große Bedeutung erlangen.

Wenig berücksichtigt sind in diesen Konzepten bisher die speziellen Interessenlagen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen im ländlichen Raum. Bäuerliche Familien, alteingesessene Bewohner mit ländlicher Mentalität und zugezogene Familien unterscheiden sich deutlich in ihren Arbeits- und Lebensbedingungen, aber auch in ihren Ansprüchen und Erwartungen (vgl. Kreil 1988, S. 347 ff.). Eine eigenständige Regionalentwicklung sollte als zielgruppenorientierte Stra-

tegie die unterschiedlichen Bedürfnisse verschiedener Gruppen aufnehmen und integrieren.

Die künftigen Chancen einer eigenständigen Regionalentwicklung werden nicht zuletzt von der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt abhängen. Der bisherige gesellschaftliche Modernisierungspfad wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur zunehmend skeptisch beurteilt (vgl. z.B. Lutz 1984 und Beck 1986). Es gibt Anzeichen für Wandlungstendenzen, die auch eine eigenständige Regionalentwicklung begünstigen könnten. So erstreckt sich die Kritik an Bürokratisierung und Zentralisierung über weite Bereiche der Gesellschaft und findet in den sogenannten „Neuen Sozialen Bewegungen“ deutlichen Ausdruck. Da die industrielle Massenproduktion zunehmend an ökonomische Schranken stößt, zeichnen sich neue Chancen für Kleinunternehmen und eine innovative handwerkliche Produktion ab. Auch die Interessen der breiten Bevölkerung verlagern sich als Folge eines Wertwandels in Richtung eines höheren Stellenwerts von Freizeit, von Natur und Umwelt und von individueller Selbstbestimmung. Unter solchen Bedingungen kann eine eigenständige Regionalentwicklung selbst innovative Bedeutung erlangen.

## Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Aufsatz ist eine gekürzte Fassung einer Expertise aus dem Jahr 1988 für das Bundeskanzleramt mit dem Titel „Die Entwicklung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensbedingungen im ländlichen Raum“. Wir danken dem Bundeskanzleramt für die Genehmigung zur Veröffentlichung.
- 2 In der Beschreibung des Konzepts orientieren wir uns in erster Linie an Selbstdarstellungen der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung (ÖAR 1987 und o.J. [a]; vgl. auch VER 1986 und 1987).
- 3 Vgl. die neueren Thesen zum Modernisierungsprozeß von Lutz 1984 oder Berger und Piore 1980.
- 4 Auf vergleichbare Ansätze im übrigen Westeuropa kann hier nicht eingegangen werden; vgl. dazu die Beiträge in ÖAR o.J. (b) und Bassand et al. 1986. Der Tagungsband der ÖAR enthält auch eine umfangreiche Bibliographie und ein sehr informatives Adressenverzeichnis.
- 5 Die Darstellung in diesem Kapitel stützt sich vor allem auf Projektbeschreibungen und Projektvorschläge in Ministerium ... 1987, ÖAR 1987 und o.J. (a), Schmals und Voigt 1986, VER 1986 und 1987 und VERS 1987.
- 6 Romeiß-Stracke und Pürschel schlagen einen „Freizeitentwicklungsplan“ vor (1986, S. 112).

## Literatur

Bassand, M. et al. (eds.): Self-Reliant Development in Europe. Theory, Problems, Actions. Aldershot 1986.

Baur, R.: Leitbilder für den ländlichen Raum im Schnittpunkt subjektiver Beurteilungen und objektiver Indikatoren. In: Schmals und Voigt 1986 (S. 277-296).

- Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main 1986.
- Berger, S. und Piore, M.J.: Dualism and Discontinuity in Industrial Societies. Cambridge 1980.
- Brink, A.: Die Wendland-Kooperative. Der Aufbau einer Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft als Beitrag zu einer eigenständigen und ökologisch orientierten Regionalentwicklung im peripheren ländlichen Raum. Hannover 1986.
- Elsasser, H.: Regionalismus und endogene Entwicklung in der Schweiz. Agrarische Rundschau, Heft 6 (1987), S. 3-6.
- Gatzweiler, H.P.: Entwicklung des ländlichen Raums im Bundesgebiet – Probleme, Ziele und Strategien aus raumordnungspolitischer Sicht. In: Schmals und Voigt 1986 (S. 21-48).
- Häsler, S.: Leben im ländlichen Raum. Wahrnehmungsgeographische Untersuchungen im Südlichen Neckarland. Stuttgart 1988.
- Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.): Dorferneuerung in Hessen. Grundsätze zur Entwicklung ländlich geprägter Orte. 3. überarbeitete Auflage. Wiesbaden 1986.
- Initiativkreis zur Gründung des Vereins Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg (Hrsg.): Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg. Eine neue Perspektive für den ländlichen Raum. 2. Auflage. Ulm 1988.
- Jarren, O.: „Ländlicher Lokalismus“ durch Massenkommunikation? Daten und Anmerkungen über ländliche Kommunikationsverhältnisse. In: Schmals und Voigt 1986 (S. 297-319).
- Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel: Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 1977.
- Kreil, M.: Arbeiten, um zu leben oder leben, um zu arbeiten? Familien auf dem Land. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Wie geht's der Familie? München 1988 (S. 345-354).
- Lutz, B.: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main, New York 1984.
- Meier, R.: Erfahrungen aus der Regionalpolitik in der Schweiz – Beratungsstellen als Teil einer endogenen Entwicklung. In: VER 1987 (S. 83-106).
- Ministerium für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.): Ländlicher Raum mit Zukunft. Leitlinien und Entwicklungskonzept der Landesregierung von Baden-Württemberg. O.O. 1987.
- Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung (ÖAR) (Hrsg.): Regionalbetreuung und -förderung innovativer Wirtschaftsprojekte für eine Eigenständige Regionalentwicklung in benachteiligten Gebieten Österreichs. Wien 1987.
- Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung (ÖAR) (Hrsg.): Land auf neuen Wegen. Beratung für Selbsthilfeprojekte in benachteiligten Regionen. Wien o.J. (a).
- Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung (ÖAR) (Hrsg.): Peripherie im Aufbruch. Eigenständige Regionalentwicklung in Europa. Wien o.J. (b).

Priebe, H.: Die subventionierte Unvernunft. Landwirtschaft und Naturhaushalt. Berlin 1985.

Römhild, R.: Die „verkaufte Vergangenheit“ – Ein soziokulturelles Spannungsfeld: Zur Problematik der tourismusorientierten Umnutzung von Spitzenobjekten historisch-ländlicher Bausubstanz. Zwei Beispiele aus dem nordhessischen Kreis Waldeck-Frankenberg. In: Schmals und Voigt 1986 (S. 351-374).

Romeiß-Stracke, F. und Pürschel, M.: Freizeitnachfrage – Naturbedürfnis – Siedlungsstruktur. Die zukünftige Nachfrage nach naturnaher Freizeit im ländlichen Raum bei fortschreitendem Wertewandel und veränderten Siedlungsstrukturen. Münster-Hiltrup 1986.

Schäfers, B.: Die ländliche Welt als Alternative. In: Wehling, H.G. (Hrsg.), Das Ende des alten Dorfes? Stuttgart 1980 (S. 11-20).

Scheer, G.: Entstehung und Rahmenbedingungen der Regionalbetreuung in Österreich – Erfahrungsbericht über die Arbeit in der Region. In: VER 1987 (S. 41-64).

Schmals, K. und Voigt, M.R. (Hrsg.): Krise ländlicher Lebenswelten. Analysen, Erklärungsansätze und Lösungsperspektiven. Frankfurt am Main, New York 1986.

Verein zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen e.V. (VER) (Hrsg.): Neue Wege braucht das Land. Melsungen 1986.

Verein zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein e.V. (VERS) (Hrsg.): Ansätze einer eigenständigen Regionalentwicklung. Vorträge und Protokolle der Tagung vom 17./18. November 1986 in Melsungen. Melsungen 1987.

Watz, B.: Die Situation der Frau im Aufgabenspektrum von Familie und Dorf. In: Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.), Zwischen Entwicklung und Bewahrung. Der ländliche Raum im Jahr 2000. Wiesbaden 1986.

Wehling, H.G. und Wehling, R.: Nach der Gemeindereform. In: Wehling, H.G. (Hrsg.), Das Ende des alten Dorfes? Stuttgart 1980 (S. 52-69).

#### **Anschrift der Verfasser:**

Hans Pongratz  
Institut für sozialwissenschaftliche Information und Forschung e.V. (ISIFO)  
Konradstraße 6  
8000 München 40

Mathilde Kreil  
Deutsches Jugendinstitut  
Freibadstraße 30  
8000 München 90